



Foto: Getty Images/Stockphoto

Die Gegenwart des Drachen

Wirtschaftsmacht China versteht sich immer mehr als politische Weltmacht. Aufmerksam achtet Peking darauf, wer sich wie zu Wort meldet. Regierungskritiker und vor allem Tibet-Unterstützer haben es schwer – auch in Deutschland

VON JAN VOLLMER

Wenn man Tibet-Aktivist Kai Müller trifft, wird man das Gefühl nicht los, man sitze einer aussterbenden Art gegenüber: China-Kritikern. Menschenrechtsforen und Diskussionsrunden, auf die sie eingeladen werden – der Lebensraum der China-Kritiker schrumpft. „Vor 15 bis 20 Jahren gab's im Bundestag noch Resolutionen zu Tibet. Heute sagen alle: Oh je, dann steigen uns doch die Chinesen aufs Dach“, erzählt Müller. Seit 13 Jahren ist er Geschäftsführer des Vereins International Campaign for Tibet. „Natürlich kann ich selbst nicht mehr nach China reisen“, sagt Müller. „Der Verfassungsschutz rät mir davon ab, ein Visum zu beantragen, denn dann müsste ich meine private Adresse angeben.“ Was ihn aber über- rascht, ist Chinas Einfluss in Deutsch- land: „Selbst die Stiftungen sagen uns: Sorry, mit euch können wir nicht mehr auf einem Podium sitzen.“

Der stille Einfluss der chinesischen Regierung, schrieben Forscher vom China-Thinktank der Mercator Stiftung (Merics) im Februar, sei viel effektiver als die auffälligen und plumpen „Kalter-Krieg-Mechanismen“ Russlands. China konzen- triert sich auf „politische und wirtschaft- liche Eliten, Medien und die öffentliche Meinung“. Etliche europäische Staaten und Institutionen üben sich schon im „vorausellendem Gehorsam“. Langfris- tig, schreibt Merics, wolle die Kommunis- tische Partei (KP) Chinas die eigene Macht stabilisieren und für ihr autoritä- res Modell werben. Dafür baut die Regie- rung ein Netzwerk aus Unterstützern in Politik, Wirtschaft, den Medien und der Wissenschaft auf, die sich zu Wort mel- den, wenn es um Themen wie Tibet geht.

In Tibet marschierte die kommunisti- sche Volksbefreiungsarmee der KP in den 50er Jahren ein, das tibetische Ober- haupt, der 14. Dalai Lama, floh 1959 nach Indien. Jede Erwähnung von tibeti- scher Unabhängig- keit, einer Exilregie- rung oder des Dalai Lamas empfindet die KP daher als An- griff auf die territo- riale Integrität Chin- as. Sie will verhin- dern, dass europäi- sche Politiker (wie Bundeskanzlerin An- gela Merkel 2007) sich mit dem Dalai Lama treffen oder dass er in Werbekamp- agnen auftaucht. Wenn die Welt glaubt, dass Tibet China ist, ist Tibet China.

Wenn die Welt glaubt, dass Tibet China ist, ist Tibet China

Tibet-Aktivist Müller bekommt den Ein- fluss der Chinesen deutlich zu spüren. Auf dem Civil20(C20)-Forum etwa, einem Format für zivilen Dialog parallel zu dem G20-Treffen in Hamburg, saß er nicht mehr nur mit NGOs (Nichtregierungsor- ganisationen) im Seminarraum. Die Ver- anstalter hatten chinesische Gongos ein- geladen. Gongo ist die Abkürzung von „go- vernment-organized non-governmental organization“. Gongos werden in zivilen Foren als regimetreue Agenten benutzt. „Wenn ich mich auf den Panels zu Wort melde, stehen die auf und machen die Schnitt-Geste am Hals, als sollte man mir sofort das Wort abschneiden“, sagt Mül- ler. „Senior-Mitglieder der Gongo-Dele- gation setzten sich in anderen Workshops in

die letzte Reihe und verschwanden gleich wieder, anscheinend um andere Mitglie- der der chinesischen Delegation zu über- wachen“, schrieb Müller in einem Brief an die Veranstalter. „Wir sind uns bewusst, dass sie (Gongos, Anm. der Red.) keine hinreichende Vertretung der Zivilgesell- schaft darstellen (...)“, antworten ihm die Organisatoren in einem Brief. Aber „wir haben uns für eine ‚Umarmung statt Aus- schluss‘-Taktik entschieden“.

Ein Bericht der Nachrichtenagentur Reuters beschreibt eine „Armee von Gon- gos“ bei den Vereinten Nationen in Genf. 34 von 47 dort registrierten chinesischen NGOs werden demnach aus Ministerien oder der KP gesteuert. Dieses Aufgebot nutzt China, um im Gebäude der UN Ver- treter der echten Zivilgesellschaft, die es zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf geschafft haben, zu fotografieren und un- ter Druck zu setzen.

„Auch in Deutschland übt China Ein- fluss aus, wer wo empfangen wird. Das gilt für das geistliche Oberhaupt der Tibeter ebenso wie für den tibetischen Exilminis- terpräsidenten Lobsang Sangay. In den USA spricht er mit wichtigen Entschei- dern, wenn in Europa überhaupt Termine bestätigt werden, werden sie meist kurz- fristig abgesagt“, sagt Michael Brand, CDU-Abgeordneter und Mitglied im Men- schenrechtsausschuss des Bundestags. Brand selbst darf seit 2016 nicht mehr nach China reisen. „Mir wurde damals klar gesagt, wenn ich auf einer bestimm- ten Veranstaltung Redner bin, dann wird die Reise des Menschenrechtsausschus- ses nicht stattfinden. Und dann hat der chi- nesishe Botschafter sogar noch verlangt, dass ich Texte und Bilder auf meiner ei- genen Homepage ändere!“ Die Reise der De- legation wurde abgesagt. Allerdings flog Angela Merkel ungefähr einen Monat spä- ter mit ihrem Kabinett zu einer Regie- rungskonsultation nach Peking.

Den Zugang zu China nutzt die Regie- rung gerne als politisches Instrument. „Wenn man Sinologie oder Ostasienwis- senschaften studiert hat und den Arbeits- fokus darauf gelegt hat, dann ist es essen- ziell, dort auch hinreisen zu können“, er- klärt Armin Reinartz, der die Arbeit der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Hongkong koordiniert. Das Büro in Pe- king musste die Stiftung schon 1996 zu- machen, weil sie die tibetische Exilregie- rung auf Plakaten für eine Veranstaltung „tibetische Exilregierung“ nannte und nicht anders umschrieb. „Aus China geht man nicht freiwillig raus. Wenn man da mal raus ist, kommt man nicht mehr rein“, sagt Rainer Adam, der damals als Projektleiter das Büro auflösen musste.

Chinas Vertreter in Deutschland haben ein Auge für Details. Seit Mitte der 90er Jahre hissen ein paar Hundert Rathäuser in Gemeinden und Städten am 10. März die Flagge Tibets. Die Aktion geht auf eine Kampagne des Vereins Tibet Initiative Deutschland zurück, der damit an einen Aufstand von Tibetern gegen China im 10. März 1959 erinnern will. Seit einigen Jah- ren verschickt die chinesische Botschaft Briefe an die Städte, die sich an der Aktion beteiligen. In einem zweiseitigen Schrei- ben klärte die chinesische Botschaft den Oberbürgermeister von Bamberg darüber auf, dass „die sogenannte tibetische ‚Exil- regierung‘ rundum unrechtmäßig ist“, und warnte davor, deren Symbol, die „Schneelöwenflagge“, zu hissen. Zwei Jahre später, am 9. März 2016, einen Tag vor der Aktion, ging im Bamberger Rat- haus auch ein Schreiben aus dem bayeri-

schen Innenministerium ein. „Viele Städte und Gemeinden nehmen an der Ak- tion Teil und hissen die tibetische ‚Schnee- löwenflagge‘“, schreibt die Ministerialrät- in und betont: „Gemeinden steht (...) zwar ein kommunalpolitisches, aber kein allgemeinpolitisches Mandat zu.“ Das Wort „kein“ ist unterstrichen. Bamberg flaggt trotzdem. Jochen Partsch, Darm- stads Bürgermeister und Schirmherr der Aktion in diesem Jahr, wurde persönlich vom chinesischen Generalkonsul be- sucht: Man halte die Aktion für eine Einmi- schung in die inneren Angelegenheiten Chinas, erklärte der Generalkonsul.

Vor kurzem hat das Automobilunter- nehmen Daimler auf Instagram ein Wer- bebildchen mit einem Dalai-Lama-Zitat veröffentlicht. „Betrachte eine Situation von allen Seiten, und du wirst offener werden“, stand da, über dem Bild einer weißen C-Klasse, #Mondaymotivation. Instagram ist in China gesperrt. Nach- dem sich im chinesischen Internet trotz- dem viele über entsprechende Screen- shots empörten, beeilte sich Daimler mit der Entschuldigung: „Wir werden uns be- mühen, Chinas Kultur und seine Werte besser kennenzulernen, und so unser Verhalten den Nor- men anpassen.“ Un- ternehmenschef Die- ter Zetsche setzte auch eine offizielle Entschuldigung an den chinesischen Botschafter in Ber- lin auf. Gnädig kom- mentierte das chinesische Außenministe- rium: „Fehler zu erkennen und zu korri- gieren ist ein Grundprinzip jedes Han- delns.“ Allerdings werde China „in der neuen Ära selbstbewusster auftreten. Ausländische Konzerne müssen sich an die Grundregeln halten“. Langsam, aber sicher verschiebt China so die rote Linie dessen, was gesagt werden kann. „Ich habe mich in Grund und Boden ge- schämt, als Dieter Zetsche sich für die Werbung entschuldigt hat. Als Angela Merkel damals den Dalai Lama empfan- gen hat, hat die Industrie dadurch nicht einen Auftrag verloren“, schimpft sogar Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsi- dent des Bundesverbands der Deutschen In- dustrie und jetzt Europaabgeordneter der euroskeptischen LKR. Auch der Wis- senschaftsverlag Springer Nature knickte im November vergangenen Jahres un- ter chinesischem Druck ein und sperrte in China kritische wissenschaftliche Artikel zu Tibet oder zum Tiananmen-Massaker.

Chinas Macht wächst auch in der EU. Chinesische Unternehmen investieren in Portugal, Griechenland, Tschechien und Ungarn. In Brüssel setzten sich die jetzt sehr für chinesische Interessen ein. „Nach einem Urteil des Seegerichtshofs zur Si- tuation im Südkinesischen Meer haben einige dieser Kollegen in den Medien den Standpunkt vertreten, das Urteil sei null und nichtig – so, wie die chinesische Regie- rung das auch sagen würde. Teilweise wird dann gleich die offizielle chinesische Sprachregelung übernommen“, erzählt der Europaabgeordnete Jo Leinen.

Auch in Deutschland hat China in den vergangenen Jahren investiert und Hightech-Unternehmen weit über Mark- preis gekauft. „Das ist ein strategisches In- vestment eines Staates, rein betriebswirt- schaftlich ließe sich das nicht erklären“, sagt der Staatssekretär im Wirtschaftsmini- sterium, Matthias Machnig. 2016

wurde das Unternehmen Kuka, der Stolz der deutschen Robotik-Industrie, von dem chinesischen Waschmaschinenher- steller Midea gekauft. Seitdem ist das Mi- nisterium alarmiert und schaut genauer hin. Firmen, die für China von strategi-

ischem Interesse sind, sind auch für Deutschland wichtig, so die Logik. „Chine- sische Investoren kommen deswegen jetzt auch zu mir, weil sie gemerkt haben, dass es diese Prüfmechanismen gibt“, sagt Machnig. Zusammen mit Frankreich setzt

sich Deutschland in Brüssel für eine Stör- ung des sogenannten „Investment Scee- ning“ ein. Der letzte Versuch im Juni ver- gangenen Jahres wurde jedoch verwässert – mit der Unterstützung der von dem Screening Betroffenen.

ANZEIGE

MADE IN GENSHAGEN.

UND DARAUF SIND WIR STOLZ.

Die meisten nehmen Coca-Cola als weltweiten Konzern wahr. Das stimmt – aber wir sind vor allem ein regionales Unternehmen. Mit großer Leidenschaft und Sorgfalt stellen wir im brandenburgischen Genshagen seit zwanzig Jahren Erfrischungsgetränke her. 178 Mitarbeiter arbeiten an unserem Standort südlich von Berlin. Beim Thema Recycling sind wir führend: Wir trennen alle Abfälle aus der Produktion ganz konsequent. Zusammen mit unseren Partnern gelingt uns so eine umweltschonende stoffliche Verwertung von 99,6% aller Wertstoffe.

Coca-Cola ist „Made in Genshagen“. Und darauf sind wir stolz.

Coca-Cola Deutschland